

Beschluss des Landrates vom 17.05.2018

Nr. 2065

32. Schaffung der Möglichkeit für Gemeinden, ein selektives Spielgruppenobligatorium einzuführen

2018/72; Protokoll: vc, mko

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion entgegen nimmt.

Pascale Uccella (SVP) ergreift namens der SVP-Fraktion das Wort gegen die Überweisung der Motion und auch gegen die Überweisung eines entsprechenden Postulats. Der Vorstoss ermöglicht ein selektives Spielgruppenobligatorium, d.h. man kann es machen, man muss aber nicht. Die Rednerin kann Regula Meschberger insofern verstehen, als dass sie es begrüßen würde, wenn Kinder mit besseren Deutschkenntnissen in die Primarschule kämen. Aber wie will man das kontrollieren? Es würde wieder zu speziellen Gruppen mit Extrawürsten führen und das soll dann die Gemeinde übernehmen. Es stellt sich die Frage, weshalb dies die Regierung annimmt. Klar, die Gemeinde bezahlt es dann ja. Für die SVP ist deshalb klar, dass sie diese Motion nicht überweisen werden.

Regina Werthmüller (parteilos) erklärt namens der glp/GU-Fraktion, der Motion zu folgen. Die Regierung soll auf Basis der Motion eine Vorlage ausarbeiten, welche den Gemeinden die Einführung eines selektiven Obligatoriums ermöglicht. Ziel ist es doch, dazu beizutragen, dass die Sprachkenntnisse fremdsprachiger Kinder innerhalb von Gruppen mit deutschsprachigen Kindern gefördert werden. Es geht nicht um eine Extrawurst und darum, dass die Gemeinden bezahlen, sondern zunächst schlicht um eine Vorlage, die ein Obligatorium ermöglicht.

Caroline Mall (SVP) unterstützt die Motion und ruft in Erinnerung, wieviel die DaZ-Stunden kosten – es handle sich um einen Betrag zwischen 13 und 15 Millionen CHF. Dies ist Grund genug, um die deutsche Sprache zu fördern. Ziel wäre bei Kindergarten- oder Schuleintritt ein Level zu haben, damit auf die DaZ-Stunden verzichtet werden kann. Hier besteht Handlungsbedarf und es wird ja nichts erzwungen. Zunächst gibt es eine Vorlage, worauf sich abschliessend entscheiden lässt. Dann kann man auch abschätzen, welche möglichen Einsparungen damit verbunden sind und was der Nutzen für die SchülerInnen und Schüler ist.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) erklärt, der Vorstoss renne bei der CVP/BDP-Fraktion offene Türen ein, davon zeugten auch eigene Vorstösse auf der Traktandenliste. Es ist wichtig, aktiv zu werden – alle wissen, wie wichtig gute Kenntnisse der Lokalsprache sind, also Deutschkenntnisse. Die Zahlen der Schulstatistik BL für das Jahr 2015 zeigen, dass Kinder mit Erstsprache Deutsch in der Sekundarschule A mit 21% und fremdsprachige Kinder mit 41% vertreten sind. Umgekehrt ist es beim Niveau P, dort sind es 38% deutschsprachige Kinder und nur 17% fremdsprachige Kinder – dies spricht für sich.

Der Zweck der frühsprachlichen Förderung ist die langfristige Reduktion der DaZ-Kosten. Ausserdem profitieren die Kinder von den Fortschritten in diesem jungen Alter ausserordentlich. Es handelt sich eben um einen integrativen Ansatz statt um einen separativen – und damit um das Gegenteil einer Extrawurst. Von besseren Deutschkenntnissen fremdsprachiger Kinder profitieren natürlich auch die Deutschsprachigen. Es gibt Studien, die von einem Return-on-Investment-Faktor von 1:7 ausgehen. Dies zeigt klar, dass man diese Schiene verfolgen müsste. Andere Kantone und Kommunen haben dies bereits vorgemacht: Die Kantone Luzern, Basel-Stadt, die Stadt Chur. Es ist absolut unterstützenswert, dass der Kanton Basel-Landschaft ebenfalls die rechtlichen Grundlagen dafür schafft.

Regula Meschberger (SP) konstatiert, dass von den Vorrednerinnen ganz viele Argumente für die Motion genannt worden seien. Viele Gemeinden geben ganz viel Geld aus für DaZ-Unterricht. Dies ist auch nötig, weil die Sprachkompetenz die Basis für jeglichen schulischen Erfolg ist. Es käme viel günstiger, wenn im Frühbereich investiert werden würde. Ziel ist das Gegenteil eines separaten Angebots, nämlich die Integration in die Spielgruppe etc. Es geht auch nicht darum, dass die Gemeinde die vollen Kosten tragen muss, es geht vor allem darum, dass man die Eltern verpflichten kann, die Kinder in bestehende Spielgruppen zu schicken. Ohne die Möglichkeit der Verpflichtung gibt es keine Chancen, die DaZ-Stunden abzubauen. Es handelt sich ja auch nur um eine Möglichkeit. Die Gemeinden, die ein Obligatorium einführen wollen, sollen dafür eine rechtliche Grundlage erhalten. Und wenn die fremdsprachigen Kinder nachher weniger Probleme haben in der Schule, dann hilft das auch den deutschsprachigen Kindern.

Die FDP-Fraktion habe dieses Thema intensiv diskutiert, sagt **Thomas Eugster** (FDP) und versteht das Anliegen, eine Motion gehe aber zu weit. Unterstützen könnte man lediglich ein Postulat.

Anita Biedert (SVP) äussert sich an Regula Meschberger gewandt dahingehend, dass die Sozialhilfebehörde jetzt schon die Möglichkeit habe, bei Familien, wo es wirklich dringlich sei, die Kosten für eine private Spielgruppe zu übernehmen. Ferner gibt es in der Praxis einige Fälle, wo später Kinder keine zusätzlichen DaZ-Stunden brauchen. Dies hängt auch von der Lernfreudigkeit, von den Fähigkeiten und von den Bemühungen der Eltern ab. Damit ist der Bogen zu den Erziehungsberechtigten geschlagen: Diese müssen sich halt auch darum bemühen, die Sprache zu erlernen, damit es auf die Kinder abfärbt. Möglichkeiten gibt es heute genug.

Pascal Ryf (CVP) findet es paradox, dass heute Morgen darüber gesprochen worden sei, Schulen bei Integrationsproblemen in die Pflicht zu nehmen. Bei Integrationsproblemen aufgrund von Sprachmangel soll jetzt aber keine gesetzliche Grundlage geschaffen werden – das ist paradox. Wenn man zum einen Ja sagt, müsste man jetzt auch zum andern Ja sagen und im Sinne einer Autonomiestärkung der Gemeinden dieses Recht auch einfordern.

Florence Brenzikofer (Grüne) spricht der Motion namens der Fraktion Grüne/EVP die einstimmige Zustimmung aus. Es braucht ein Gesetz, deswegen muss man auch eine Motion überweisen. Es wurden viele Argumente genannt. Um das Argument von Béatrix von Sury aufzugreifen: Basel-Stadt hat dieses Instrument vor ein paar Jahren eingeführt und es ist ein Erfolgsmodell. Ein Grund, auch auf diesen Zug aufzuspringen.

Caroline Mall (SVP) möchte Regierungsrat Isaac Reber fragen, weshalb er die Motion entgegennehmen möchte – damit alle verstehen, worum es wirklich geht.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) führt als Hauptgrund ins Feld, dass wenn diese Materie in der Verantwortung der Gemeinden liege, diese auch über die Kompetenz zur Schaffung eines Obligatoriums verfügen müssten. Es handelt sich nicht um eine inhaltliche Bewertung, sondern letztendlich um eine Konsequenz föderalistischer Kompetenzverteilung.

Regula Meschberger (SP) entgegnet an die Adresse von Anita Biedert, dass es ja nicht sein könne, dass die Sozialhilfe für die Kosten dieser Sprachförderung aufkommen müsse und dass nur Kinder aus sozialhilfeabhängigen Familien in den Genuss von Deutschförderung kommen könnten. Die Rednerin äussert auch Unverständnis über die Haltung der FDP: Es gibt ja Gemeinden, die bereit wären und ein solches Obligatorium einführen wollen, aber auf die rechtliche Grundlage warten. Nun kommt der Landrat und sagt den Gemeinden, nein, das könnt ihr nicht machen? Das ist nicht nachvollziehbar!

Miriam Locher (SP) möchte auch noch einen Punkt aufgreifen, der angesprochen worden ist [*richtet sich an Anita Biedert*] und zwar, dass fremdsprachige Eltern selber Deutsch lernen und mit

den Kindern anwenden sollen. Dies hilft aber nicht! Viele Studien zeigen, dass die Eltern mit den Kindern die Muttersprache sprechen sollten. Natürlich sollen sie Deutsch lernen und damit ein gutes Vorbild sein, aber nicht zuhause mit den Kindern – da geht die Muttersprache vor. Es gibt keine Gründe, den Vorstoss von Regula Meschberger nicht zu unterstützen. Die Kinder würden profitieren, die Schulen, die Integration würde profitieren. Alle, die immer Integration fordern, müssen diesem Vorstoss zustimmen.

Christine Gorrengourt (CVP) möchte zur Effizienz des Ratsbetriebs beitragen und möchte so gleich zum Traktandum 37 kommen, wo es um eine ähnliche Forderung geht. Dort sollen einfach noch die finanziellen Möglichkeiten der Eltern berücksichtigt werden. Und das hat auch Regula Meschberger nicht ausgeschlossen. Im Sinne des Prinzips der fiskalischen Äquivalenz müssen die Gemeinden dort mitreden können, wo die höchsten Kosten anfallen und das ist im Bereich DaZ. Und da geht es eben nicht um Sozialhilfeempfänger, sondern auch um Gutverdienende. Es soll auch finanzielle Anreize geben für diejenigen, die selber grössere Anstrengungen unternehmen, um ihre Eigenverantwortung zu belohnen. Die Gemeinden müssen diese Kompetenz erhalten.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) möchte nochmal in dasselbe Horn stossen wie Christine Gorrengourt: Jede Gemeinde soll selber entscheiden können, was sie möchte. Warum sollte man das den Gemeinden verwehren? Die Gemeinde Reinach hat im Schuljahr 2016/17 auf der Primarstufe für DaZ-Stunden über 700'000 CHF ausgegeben. Kindergärten unterstützen die Förderung im Vorschulbereich ebenfalls ausdrücklich. Der Vorstoss hat nur positive Auswirkungen.

Linard Candreia (SP) unterstreicht die Bedeutung früher Sprachförderung. Man weiss etwa bei gefährdeten Minderheitensprachen, dass diese möglichst früh gefördert werden müssen. In Spielgruppen, Kindergärten – je früher desto besser. Und schliesslich: Fordern und fördern, das liest man überall, das ist etwas Gutes! Nicht zuletzt ist die Motion auch freiheitlich: Die Gemeinden werden zu nichts gezwungen, sie erhalten lediglich die Möglichkeiten dazu.

Paul Wenger (FDP) ist auch Einwohnerrat von Reinach und dort in der zuständigen Kommission, in der diese Thematik im Moment ebenfalls diskutiert wird. Anfangs dieser Woche fand eine Kommissionssitzung dazu statt. In Reinach wird, wie von Béatrix von Sury schon erwähnt, ein hoher sechsstelliger Betrag mit wachsender Tendenz ausgegeben. Untersuchungen in Reinach zeigten, dass rund 40% der Kinder, die in den Kindergarten kommen, nur ungenügend Deutsch können. Dieses Problem möchte man in Reinach an die Hand nehmen. Es befindet sich in Diskussion, eine Lösung gibt es aber noch nicht. Was fehlt ist die Rechtsgrundlage, mit der man notfalls Eltern zwingen kann, zu kooperieren. Der Votant wird der Vorlage zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) sagt, dass die FDP-Fraktion die Motion nun ebenfalls unterstützen werde. Sie hat aber gewisse Randbedingungen, die bereits genannt wurden, aber hier noch einmal betont werden sollen: Einmal soll die Gemeindeautonomie gelten und dass die Eltern einbezogen werden, sowohl in die ganzen Prozesse als auch finanziell. Wenn man A sagt, muss man auch B sagen. Die frühere Förderung ist wichtig, aber es ist auch wichtig, dass richtig gezahlt wird. Bei einer richtigen Umsetzung kommt der Erfolg auch nach Hause. Also bräuchte es logischerweise weniger Schüler, die dann Deutsch als Zweitsprache benötigen.

://: Die Motion wird mit 52:23 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.
